



Verwaltungsrat

319. Tagung, Genf, 16.-31. Oktober 2013

GB.319/INS/3/3

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 29. August 2013

Original: Englisch

DRITTER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Angelegenheiten, die sich aus den Arbeiten der 102. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz ergeben: Folgemaßnahmen zur Entschließung über Beschäftigung und sozialen Schutz im neuen demographischen Kontext

Zweck der Vorlage

Das Papier bietet eine kurze Zusammenfassung der Entschließung und der sie begleitenden Schlussfolgerungen über Beschäftigung und sozialen Schutz im neuen demographischen Kontext, die von der 102. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommen wurden. Es beschreibt des Weiteren die Prioritäten einer möglichen Strategie für Maßnahmen zur Umsetzung der Schlussfolgerungen.

Der Verwaltungsrat wird um Orientierungshilfe in Bezug auf die Folgestrategie ersucht (siehe den Beschlussentwurf in Absatz 45).

Einschlägiges strategisches Ziel: Beschäftigung und sozialer Schutz.

Grundsatzpolitische Konsequenzen: Die Vorgaben des Verwaltungsrats werden bei der Planung und Durchführung zukünftiger Tätigkeiten des Amtes zu den Konsequenzen des neuen demographischen Kontexts als Grundlage dienen.

Rechtliche Konsequenzen: Keine.

Finanzielle Konsequenzen: Konsequenzen für die zukünftige Festlegung von Prioritäten im Rahmen von Programm und Haushalt für 2014-15 und für die Berücksichtigung neuer Prioritäten oder Arbeitsmethoden im Rahmen zukünftiger Programm- und Haushaltsvorschläge. Sondermittelmobilisierung für die Durchführung des Folgeplans.

Erforderliche Folgemaßnahmen: Siehe Absätze 19 bis 22.

Verfasser: Hauptabteilung Beschäftigungspolitik (EMPLOYMENT) und Hauptabteilung Sozialschutz (SOCPRO).

Verwandte Dokumente: „Die Krise der Jugendbeschäftigung: Ein Aufruf zum Handeln“ (2012); Angelegenheiten, die sich aus den Arbeiten der 101. Tagung (2012) der Internationalen Arbeitskonferenz ergeben: Folgemaßnahmen zur Annahme der Entschließung – „Die Krise der Jugendbeschäftigung: Ein Aufruf zum Handeln“ (GB.316/INS/5/2); Empfehlung (Nr. 202) betreffend den sozialen Basisschutz, 2012; Übereinkommen (Nr. 102) über Soziale Sicherheit (Mindestnormen), 1952; Empfehlung (Nr. 162) betreffend älterer Arbeitnehmer, 1980.

Teil I. Einleitung

1. Auf ihrer 102. Tagung (Juni 2013) nahm die Internationale Arbeitskonferenz eine Entschließung über Beschäftigung und sozialen Schutz im neuen demographischen Kontext mit begleitenden Schlussfolgerungen an.¹ Die Konferenz bat den Verwaltungsrat, die Schlussfolgerungen bei der Planung zukünftiger Arbeit gebührend zu berücksichtigen und den Generaldirektor zu ersuchen, ihnen in zukünftigen Programm- und Haushaltsvorschlägen Rechnung zu tragen und sie bei der Durchführung von Programm und Haushalt für die Zweijahresperiode 2014-15 so weit wie möglich umzusetzen.

Kontext

2. Der neue demographische Kontext ist durch rückläufige Fertilität sowie steigende Lebenserwartung weltweit gekennzeichnet und führt im Resultat zur Bevölkerungsalterung. Dieser Trend betrifft alle Länder, industrialisierte und Entwicklungsländer, wenngleich in unterschiedlichem Maß und innerhalb unterschiedlicher Zeithorizonte. Prognosen zufolge wird sich die Bevölkerung über 65 Jahre bis 2050 verdreifachen, während sich die Bevölkerung unter 15 Jahre stabilisieren wird. Drei Viertel der älteren Menschen werden in Entwicklungsländern leben, und bei der Mehrheit von ihnen wird es sich um Frauen handeln. Gleichzeitig besagen Schätzungen, dass die Erwerbsbevölkerung im Lauf des nächsten Jahrzehnts gegenüber heute um 420 Millionen wachsen wird. Es wird erwartet, dass das Wachstum der Erwerbsbevölkerung in Entwicklungsländern besonders stark ausfallen wird. In den meisten dieser Länder arbeitet die Mehrheit der Menschen in der informellen Wirtschaft. Im Gegensatz dazu wird in vielen entwickelten Ländern das Wachstum der Bevölkerung im Erwerbsalter stagnieren oder sogar zurückgehen.
3. Der neue demographische Kontext hat Folgen für Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme. Er wirft Probleme auf und eröffnet Chancen.
4. Gleichzeitig werden sich die globale Wirtschaftskrise, darauf folgende Anpassungsmaßnahmen und die Verlangsamung des Wachstums weiterhin auf Arbeitsmärkte und Systeme der Sozialen Sicherheit auswirken. Sie werden neue Herausforderungen entstehen lassen und manche längerfristigen strukturellen Probleme wie die Jugendbeschäftigungskrise, größer werdende Ungleichheiten, ein zunehmend ungewisses Umfeld für Unternehmen, steigenden Bedarf an sozialem Schutz und die Schwächung des sozialen Dialogs verschärfen.
5. Wie vom IAO-Generaldirektor in seinem Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz im Juni 2013 hervorgehoben, ist der demographische Wandel ein wichtiger treibender Faktor für Veränderungen der Arbeitswelt. Es ist wichtig, dass das Amt diesen Faktor versteht und Ländern hilft, die Veränderungen in eine Chance umzumünzen. Der Generaldirektor beschrieb fünf Bereiche, in denen sich das Amt bezüglich seiner eigenen Arbeit den Konsequenzen demographischer Veränderungen stellen müssen: Schaffung von Arbeitsplätzen, Sozialschutz, Arbeitsmigration, fragile und von Konflikten betroffene Staaten sowie die Grenzen des Planeten. Dies erfordert aktives Engagement des Amtes mit dem Ziel, alle Aktivitäten im Hinblick auf den demographischen Übergang und seine Auswirkungen auf die Arbeitswelt zu intensivieren und auszuweiten.

¹ IAA: *Provisional Record* Nr. 13, Internationale Arbeitskonferenz, 102. Tagung, Genf, 2013.

Leitprinzipien und Elemente einer umfassenden Kombination grundsatzpolitischer Maßnahmen

6. In der Entschließung wird betont, dass zur Bewältigung der demographischen Herausforderung integrierte Beschäftigungsförderungs- und Sozialschutzmaßnahmen erforderlich sind, die auf dem positiven Kreislauf von Beschäftigung, Sozialschutz und Entwicklung aufbauen. Die Schlussfolgerungen bieten Leitprinzipien und beschreiben eine innovative und umfassende Kombination grundsatzpolitischer Maßnahmen, an der sich die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen orientieren können. Diese Kombination grundsatzpolitischer Maßnahmen muss der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen demographischen Veränderungen, Beschäftigung, Arbeitsmigration, Sozialschutz und wirtschaftlicher Entwicklung Rechnung tragen.
7. Die Maßnahmen, die auf den grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit der IAO basieren und dem Ziel der Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit im Lebensverlauf dienen, müssen kontextspezifisch sein.
8. Die grundsatzpolitischen Maßnahmen müssen Diskriminierung aufgrund des Alters verhindern und bekämpfen, die Gleichstellung der Geschlechter über den Lebensverlauf fördern, die Inklusion von Arbeitnehmern mit Behinderungen fördern, Kinderarbeit beseitigen und eine gut gesteuerte Arbeitsmigration sicherstellen.
9. Sie müssen auf einer langfristigen Vorstellung basieren, die den Lebenszyklus überspannt und die persönliche Verantwortung, die gemeinsame Verantwortung der dreigliedrigen Partner sowie die Solidarität zwischen Generationen und Bevölkerungsgruppen fördert. Sie müssen auf guter Regierungsführung, Rechenschaftslegung und Transparenz aufbauen.
10. In den meisten Ländern bleibt die Jugendbeschäftigung eine absolute Priorität. Die Förderung und Umsetzung des mehrgleisigen grundsatzpolitischen Portfolios, das in dem von der Konferenz 2012 angenommenen Aufruf der IAO zum Handeln in Bezug auf die Jugendbeschäftigungskrise ² beschrieben wird, ist eine wichtige Voraussetzung für die Bewältigung der Herausforderung demographischer Übergänge.
11. Eine höhere Erwerbsbeteiligung unterrepräsentierter Gruppen ist ein wesentliches Element der Reaktionen. Diese kann durch beschäftigungsorientierte wirtschaftspolitische Maßnahmen und Entwicklungsstrategien zur Förderung der Schaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeitsplätze für alle Erwerbsaltersgruppen der Bevölkerung erreicht werden. Dies umfasst beschäftigungsorientierte gesamtwirtschaftliche und regulatorische Rahmen, die öffentliche und private Investitionen sowie ein Förderumfeld für nachhaltige Unternehmen, Qualifizierungsmaßnahmen, Unternehmertum, gut gesteuerte Arbeitsmigration, eine faire Einkommensverteilung und aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen begünstigen.
12. Die Qualität von Arbeitsplätzen sowie Maßnahmen zur Unterstützung von Familien und zugunsten der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (einschließlich Einrichtungen für Kinderbetreuung und Altenpflege, Mutterschutz sowie beidseitig vereinbarter und frei gewählter Teilzeitarbeit) sind wichtige Faktoren für eine höhere Erwerbsbeteiligung.
13. Um den positiven Kreislauf von Beschäftigung, Sozialschutz, Produktivität, inklusivem Wachstum und Entwicklung in Gang zu bringen, bedarf es integrierter und kohärenter Ansätze zur beruflichen Bildung, die mit dem Arbeitsmarktbedarf und lebenslangen Lernmöglichkeiten verknüpft sind und die Auswirkungen demographischer Veränderungen berücksichtigen.

² IAA: *Provisional Record* Nr. 20, Internationale Arbeitskonferenz, 101. Tagung, Genf, 2013.

14. Soziale Sicherheit ist ein anerkanntes Menschenrecht. Umfassende, angemessene und tragfähige Systeme der Sozialen Sicherheit sollten eingerichtet und aufrechterhalten werden. Um zu garantieren, dass alle Personen Zugang zu Bildung, unentbehrlicher Gesundheitsversorgung und grundlegender Einkommenssicherheit haben, werden prioritär nationale Basisschutzniveaus benötigt. In Übereinstimmung mit der Empfehlung (Nr. 202) betreffend soziale Basisschutzniveaus, 2012, sollten nach und nach für so viele Menschen wie möglich höhere Niveaus der Sozialen Sicherheit herbeigeführt werden.
15. Grundsatzpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der schwierigen Situation der Arbeitnehmer in der informellen Wirtschaft und zur Förderung der vielfältigen Möglichkeiten zum Übergang von informeller zu formeller Arbeit sind eine Priorität im neuen demographischen Kontext. Dies umfasst die Ausweitung der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer in der informellen Wirtschaft.
16. Demographische Übergänge erhöhen die Anforderungen an den Pflegesektor. Um Menschen zu schützen und sicherzustellen, dass sie in Würde leben und altern, sind die Förderung dieses Sektors und seine langfristige Tragfähigkeit unentbehrlich.
17. Die zur wirksamen Durchführung der Kombination grundsatzpolitischer Maßnahmen benötigten Ressourcen können durch eine Reihe von Mitteln wie der wirksamen Durchsetzung von Abgaben- und Beitragspflichten einschließlich Maßnahmen zur Verhinderung der Steuerumgehung mobilisiert werden.
18. Wichtige Instrumente zur Bewältigung der Herausforderungen des neuen demographischen Kontextes werden effektiver und effizienter sozialer Dialog und Kollektivverhandlungen in Übereinstimmung mit nationalen grundsatzpolitischen Konzepten und Praktiken auf der Grundlage von gegenseitigem Vertrauen und Respekt sein. Um wirksame, chancengerechte und nachhaltige Antworten auf demographische Herausforderungen zu finden, ist sozialer Dialog unentbehrlich. Zur Schaffung eines Gleichgewichts zwischen Beschäftigung, sozialem Schutz sowie damit zusammenhängenden finanziellen und fiskalischen Erfordernissen können Reformprozesse am besten durch sozialen Dialog gesteuert werden.

Teil II. Vorgeschlagene Folgestrategie

19. In den Schlussfolgerungen (Absatz 35) wird die Rolle hervorgehoben, die das Amt dabei spielen kann, globale Führungskompetenz zu demonstrieren und als ein Exzellenzzentrum für demographischen Wandel sowie seine Konsequenzen für die Welt der Arbeit zu fungieren. Dieses Dokument beschreibt die Hauptkomponenten der Folgestrategie.
20. Ein detaillierter Arbeitsplan für die nächsten drei Zweijahresperioden (2014-19) wird auf der Grundlage der Orientierungshilfe des Verwaltungsrats ausgearbeitet werden. Diese Arbeit untersteht der Hauptabteilung Beschäftigungspolitik und der Hauptabteilung Sozialschutz in Zusammenarbeit mit allen anderen maßgeblichen Hauptabteilungen.
21. Die für das Amt ermittelten Aufgaben zur Entwicklung einer umfassenden Kombination grundsatzpolitischer Maßnahmen werden unter drei Überschriften zusammengefasst:
 - i) technische Zusammenarbeit einschließlich Schaffung von Kapazität;
 - ii) Wissensentwicklung, -verbreitung und Folgemaßnahmen; sowie
 - iii) Partnerschaft und Förderarbeit.

22. Bei der für die Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2014 geplanten nächsten wiederkehrenden Diskussion zum Thema Beschäftigung werden die demographischen Herausforderungen ebenfalls ein Schwerpunktthema sein.

Technische Zusammenarbeit einschließlich Schaffung von Kapazität

23. Um sicherzustellen, dass Länder politische Handlungskonzepte entwickeln können, die einen Lebenszyklusansatz berücksichtigen und dem Zusammenhang zwischen beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Sozialschutzmaßnahmen Rechnung tragen, werden die technische Unterstützung und die Unterstützung in der Form grundsatzpolitischer Beratung vertieft und ausgeweitet werden. Die anhaltenden Anstrengungen des Amtes zur Unterstützung von Ländern bei der Umsetzung des Aufrufs der IAO zum Handeln in Bezug auf die Jugendbeschäftigungskrise werden diesbezüglich ein wichtiges Element sein. Gleiches gilt für die Beratungsaktivitäten und die Schaffung von Kapazität hinsichtlich der Einrichtung und Aufrechterhaltung umfassender, angemessener und tragfähiger Systeme der Sozialen Sicherheit auf der Grundlage des Übereinkommens (Nr. 102) über Soziale Sicherheit (Mindestnormen), 1952, und der Empfehlung (Nr. 202) betreffend soziale Basisschutzniveaus, 2012. Reaktionen auf demographische Herausforderungen werden in allen entsprechenden Aktivitäten zur technischen Zusammenarbeit und zur Schaffung von Kapazität zur Unterstützung von nationalen beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Sozialschutzmaßnahmen allgemein berücksichtigt werden.
24. Abhängig von der Verfügbarkeit der erforderlichen Mittel wird das Amt Länder bei der Entwicklung integrierter nationaler Aktionspläne zum demographischen Wandel unterstützen und dabei gut erprobte und aktualisierte Instrumente und Ansätze verwenden.³ Um nichtdiskriminierende Praktiken zu unterstützen, die sich durch Vielfalt und Sensibilität in Bezug auf Alter, Geschlecht und Behinderungen auszeichnen, wird der Verbesserung nationaler Regulierungsrahmen Aufmerksamkeit gewidmet werden. Diese Instrumente bauen auf starkem sozialem Dialog, soliden Analysen, Partnerschaften sowie nationalen Prioritäten und Besonderheiten auf. Während in den meisten Landesprogrammen für menschenwürdige Arbeit Jugendbeschäftigung und Sozialschutz Prioritäten sind, sind die Verknüpfungen zwischen den beiden und konkrete Grundsatzmaßnahmen für ältere Menschen dies häufig nicht. Deshalb ist es dringend erforderlich, das Bewusstsein zu schärfen und politische Entscheidungsträger zu sensibilisieren.
25. Die Unterstützung in der Form von technischer Zusammenarbeit wird einen nachdrücklichen Schwerpunkt auf Rentensysteme und Systeme für sozialen Gesundheitsschutz umfassen. Um den Erfordernissen in Bezug auf die Angemessenheit und die Vorhersagbarkeit von Renten Rechnung zu tragen, muss deren Tragfähigkeit durch geeignete und gut gestaltete Grundsatzmaßnahmen und Finanzierungsmechanismen sichergestellt werden. Solche Unterstützung sollte Ländern helfen, sich den oft schwierigen Entscheidungen zu stellen und sie dort, wo Übergangsprobleme entstehen, auf der Grundlage der Achtung der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu treffen.
26. Die technische Zusammenarbeit wird auch Unterstützung für die Mitgliedsgruppen in Bezug auf die Integration von Migrationsfragen in beschäftigungspolitische Maßnahmen umfassen.

³ Zu diesen Instrumenten zählen: IAA: *Guide for the formulation of national employment policies* (Genf, 2012) und IAA: *Guide for the preparation of National Action Plans on Youth Employment* (Genf, 2008).

27. Was die Schaffung von Kapazität und die Entwicklung von Instrumenten betrifft, wird das Amt der Stärkung von Überwachungs- und Evaluierungsfunktionen nationaler Institutionen wie Arbeitsministerien und Statistikämtern besondere Aufmerksamkeit widmen. Um die Bilanz von beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Sozialschutzmaßnahmen einschließlich solcher im Zusammenhang mit grundsatzpolitischen Maßnahmen zur Arbeitsmigration zu überwachen und ihre Wirkung innerhalb des neuen demographischen Kontextes zu beurteilen, werden vorhandene Instrumente angepasst und bei Bedarf neue Instrumente entwickelt werden. Zusätzlich wird das Internationale Ausbildungszentrum der IAO in Turin (das Turiner Zentrum) die Möglichkeit von Vor-Ort- und Fernlernprogrammen zu alternden Gesellschaften prüfen.
28. Bei der laufenden und zukünftigen Unterstützung für Länder in den Bereichen Arbeitsmarktinformationssysteme und -analysen wird das Amt mehr Gewicht auf nach Alter aufgeschlüsselte Daten und Analysen legen, die für die Entwicklung der oben beschriebenen Maßnahmen relevant sind. Besondere Aufmerksamkeit wird der Weiterentwicklung von Mitteln für die Ermittlung und Vorhersage von Qualifikationsbedarf gewidmet werden. Dies gilt auch für Instrumente für die Früherkennung von Qualifikationsbedarf und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage in Bezug auf Qualifikationen auf der nationalen und sektoralen Ebene und durch eine Vielzahl methodologischer Ansätze, die derzeit durch das Amt entwickelt werden.
29. Die intensivierte Unterstützung für Länder bei der Stärkung ihrer Arbeitsvermittlungsdienste wird eine zentrale Rolle bei den Aktivitäten des Amtes spielen. Die wirksame Durchführung gezielter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen hängt von gut funktionierenden Arbeitsmarktinstitutionen und insbesondere von gut funktionierenden Arbeitsvermittlungsdiensten ab.
30. Im Kontext des demographischen Wandels bedarf es einer dauerhaften Konzentration auf Fragen im Zusammenhang mit der informellen Wirtschaft. Die Erleichterung von Übergängen von der informellen Wirtschaft zur Formalität ist einer der besonders wichtigen Bereiche im Programm und Haushalt für 2014-15. Dies gewährleistet, dass zusätzliche Ressourcen verfügbar sein werden, um in diesem Bereich die Arbeit zu intensivieren und die Unterstützungsmöglichkeiten zu fördern. Diese Arbeit wird die normensetzende Diskussion auf der Internationalen Arbeitskonferenz in den Jahren 2014 und 2015 berücksichtigen. Vorhandene Instrumente wie der grundsatzpolitische Ressourcenleitfaden⁴ zur informellen Wirtschaft werden dazu beitragen, notwendige Unterstützung auf der Landesebene bereitzustellen.
31. Die Aktivitäten des Amtes werden Bewusstseinsbildung und die Förderung der Durchführung aller maßgeblichen IAO-Normen umfassen.⁵ Das Amt wird Mitglieder bei der Einhaltung ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtungen in Bezug auf alle IAO-Normen im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel unterstützen
32. Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung werden überall allgemein berücksichtigt werden.

⁴ IAA: *The Informal Economy and Decent Work: A Policy Resource Guide supporting transitions to formality* (Genf, 2013).

⁵ Eine Liste einschlägiger IAO-Instrumente mit einem Bezug zum demographischen Wandel enthält IAA: *Beschäftigung und sozialer Schutz im neuen demographischen Kontext*, Bericht IV, Internationale Arbeitskonferenz, 102. Tagung, Genf, 2013.

Wissensentwicklung, -verbreitung und Folgemaßnahmen

33. Um aktuelle Fragen im neuen demographischen Kontext zu untersuchen und zu einem besseren Verständnis der Verknüpfungen zwischen beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Sozialschutzmaßnahmen im neuen demographischen Kontext auf der Mikro- und der Makroebene zu gelangen, wird grundsatzpolitisch ausgerichtete Forschung angestoßen und/oder ausgeweitet werden. Solche Forschungsarbeiten können Folgendes umfassen:
- a) thematische Studien einschließlich Analysen des Einflusses schrumpfender oder alternder Erwerbsbevölkerungen auf die Wirtschaftsleistung, von Sozialschutzsystemen, der Verfügbarkeit von Qualifikationen, des Einflusses von Migration auf die demographische Entwicklung und des Zusammenhangs von Beschäftigung und Migration;
 - b) Landesbewertungen und -überprüfungen in Bezug auf demographische Trends und den Einfluss auf Arbeitsmärkte und Systeme der Sozialen Sicherheit. In Ländern mit einer jungen Bevölkerung, für die in der Vergangenheit viele Bewertungen durchgeführt wurden, wird sich die Aufmerksamkeit stärker auf die Verknüpfungen mit der Informalität richten;
 - c) Sammlung und Analysen grundsatzpolitischer Ansätze und guter Praxis in Bezug auf das, was als Reaktion auf den neuen demographischen Kontext gut funktioniert; und
 - d) evidenzbasierte vergleichende grundsatzpolitische Analysen zur Ermittlung von Maßnahmen, die die Auswirkungen demographischer Veränderungen beschränken können.

Die Forschungsarbeit soll dazu dienen, politische Entscheidungsträger zu informieren und zu größeren Berichten beizutragen. Eine Verbreitungs- und Kommunikationsstrategie wird sicherstellen, dass ein breites Publikum erreicht wird.

34. Auf geleisteter und laufender Arbeit aufbauend wird das Amt im Lauf der nächsten 12 Monate eine Forschungsagenda zum Pflegesektor einschließlich einer auf Erkenntnissen basierenden Analyse der potenziellen Lücken in aktuellen internationalen Arbeitsnormen ausarbeiten, die dem Verwaltungsrat zur Behandlung vorgelegt werden wird. Der Schwerpunkt wird auf der Analyse des Potenzials der Pflegewirtschaft und ihrer Herausforderungen liegen. Fragen im Zusammenhang mit dem Potenzial des Sektors für die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Art von Investitionen, die für diesen Sektor benötigt werden, der möglichen Rolle von Genossenschaften, Verknüpfungen mit bestehenden Sozialschutzsystemen und Arbeitsbedingungen werden analysiert werden. Bei der Forschung zum Pflegesektor werden das Übereinkommen (Nr. 189) über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte, 2011, und die laufenden Folgeaktivitäten berücksichtigt werden, die auch die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern betreffen, die häusliche Pflege leisten.
35. Die Erhebung, Überwachung und Analyse von altersbezogenen Arbeitsmarktinformationen wird ausgeweitet und zu einem integralen Teil der landesbezogenen und globalen Analysen des Amtes werden.

Partnerschaften und Förderarbeit

36. Die Schlussfolgerungen von 2013 betonen die Führungsrolle der IAO bei der Förderung grundsatzpolitischer Maßnahmen zur Beschränkung der Auswirkungen des neuen demo-

graphischen Kontextes auf die Arbeitswelt. Das Amt wird sich bemühen, das Bewusstsein für die Herausforderungen und Chancen des neuen demographischen Kontextes für die Arbeitswelt bei multilateralen und regionalen Institutionen zu schärfen.

37. Für viele Länder haben Jugendbeschäftigung sowie die Ausweitung und der Aufbau von Sozialschutzsystemen Vorrang. Zur Unterstützung der Umsetzung des Aufrufs der IAO zum Handeln in Bezug auf die Jugendbeschäftigungskrise (2012) und der Empfehlung Nr. 202 wird das Amt in beiden Bereichen auf der nationalen, regionalen und globalen Ebene auf bestehende Partnerschaften aufbauen und in neue eintreten.
38. Die Schlussfolgerungen bieten dem Amt und den Mitgliedsgruppen einen soliden, ausgewogenen und umfassenden Rahmen zur Förderung und Stärkung der Verknüpfungen zwischen beschäftigungspolitischen Maßnahmen und Sozialschutzmaßnahmen im neuen demographischen Kontext. Das Amt muss sicherstellen, dass das Thema des demographischen Wandels auf allen nationalen Agenden und insbesondere auf den Politikagenden von Entwicklungsländern mit großen Jugendüberschüssen, aber rasch alternden Bevölkerungen weit oben steht. Geeignete Maßnahmen zu diesem Zweck sind u.a. die Bereitstellung von Informationen, dreigliedrige Konferenzen und Aktivitäten zur Schaffung von Kapazität auf der globalen, regionalen und nationalen Ebene. In Partnerschaft mit den einschlägigen globalen, internationalen und regionalen Organisationen und Institutionen wird das Amt insbesondere im Kontext der Agenda für Entwicklung nach 2015 den generationenübergreifenden geschlechtergerechten Lebenszyklusansatz fördern. Diesbezüglich werden auch wieder Partnerschaften mit dem Turiner Zentrum geschmiedet werden.
39. Betreffend die Folgemaßnahmen zu dem auf der Zweiten Weltversammlung über das Altern im April 2002 angenommenen Internationalen Aktionsplan von Madrid über das Altern und die Strategien zu seiner regionalen Umsetzung wird das Amt Partnerschaften mit den Vereinten Nationen und anderen maßgeblichen globalen, internationalen und regionalen Organisationen stärken.
40. Die Ausarbeitung grundsatzpolitischer Maßnahmen in Bezug auf gut gesteuerte Arbeitsmigration und ihre Durchführung werden weiterhin eine Priorität für die Arbeit des Amtes sein. Mit dem Dialog auf hoher Ebene über internationale Migration und Entwicklung der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 2013 sollte das Amt zur Verbesserung der Migrationssteuerung derart beitragen, dass dabei die Rechte der betroffenen arbeitenden Menschen wirklich geachtet werden.

Durchführungsvorkehrungen und Ressourcenmobilisierungsstrategie

41. Das Amt wird seine Bemühungen dahingehend intensivieren, im Rahmen der verfügbaren Ressourcen durch ergebnisorientierte Planung und Programmierung die für die Umsetzung der Folgestrategie notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zu ermitteln und umzuschichten. Es werden auch Aktivitäten ins Auge gefasst, um die Kapazität des IAO-Teams globaler Experten dafür zu stärken, die Prioritäten der Folgestrategie umzusetzen.
42. Angesichts des übergreifenden Charakters demographischer Fragen, die mehrere besonders wichtige Bereiche und insbesondere diejenigen zur Förderung von mehr und besseren Arbeitsplätzen zugunsten von inklusivem Wachstum, zur Einführung und Ausweitung sozialer Basisschutzniveaus und zur Formalisierung des informellen Sektors betreffen, könnten für die besonders wichtigen Bereiche vorgesehene Mittel für die Folgemaßnahmen eingesetzt werden.

43. Damit das Amt das Bewusstsein schärfen und der zunehmenden Zahl von Ersuchen von Mitgliedsgruppen in allen Regionen um Unterstützung und Schaffung von Kapazität entsprechen kann, müssen zusätzlich Sondermittel mobilisiert werden.
44. Die Arbeit des Amtes zu Beschäftigung und sozialem Schutz im neuen demographischen Kontext wird durch die wiederkehrenden Konferenzdiskussionen über die strategischen Ziele von Beschäftigung und über sozialen Schutz überwacht und evaluiert werden.

Beschlussentwurf

45. *Unter dem Vorbehalt etwaiger Leitlinien, die er in seiner Diskussion beschließt, ersucht der Verwaltungsrat den Generaldirektor, bei der Ausarbeitung zukünftiger Programm- und Haushaltsvorschläge und bei der Entwicklung von Initiativen für die Ressourcennobilisierung die Folgestrategie für die Umsetzung der Schlussfolgerungen über Beschäftigung und sozialen Schutz im neuen demographischen Kontext zu berücksichtigen und sie bei Durchführung von Programm und Haushalt für die Zweijahresperiode 2014-15 so weit wie möglich umzusetzen.*